

Volkstimme

Die Volkstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Walle, Magdeburg
Für den Inzeratenteil: Karl Lantau, Magdeburg.
Verlag von W. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von S. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Pränumerando halbjährlich
Abonnementpreis:
Vierteiljährlich, inkl. Frachtlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. zähl. Bestellsgeb.,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeilungsliste Nr. 7095.
Inscriptionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.
Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.
No. 237. Magdeburg, Donnerstag, den 10. Oktober 1895. 6. Jahrgang.

Der Parteitag der Sozialdemokratie.

III.

Der Parteitag arbeitet flott. Die drei ersten Punkte der Tagesordnung und die diesen beigegebenen Anträge sind in nicht ganz zwei Tagen erledigt worden. Dienstag Vormittag wurde auch der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion entgegengenommen. Auch begründete die Genossin Zellin in gut durchdachter temperamentvoller Weise die Anträge, welche sich auf die Stellung der Frau im neuen bürgerlichen Gesetzbuch beziehen. Gehr-Bremerhaven begründet den Antrag auf Forderung einer Statistik über die Zahl der wirklich angemusterten Seeleute, die ergeben würde, daß die Besatzung in keinem Verhältnis zu der Größe der Schiffe steht. Redner führt die meisten Schiffsunfälle auf die im Antrage angelegenen Uebelstände zurück. Auch die übrigen Anträge fanden vollständige Würdigung. Das Tagesgespräch der Delegierten bildet die Ausweisung des Genossen Dr. Ellenbogen. Von der Siftierung und späteren Verhaftung machte Singer Mitteilung. Er sagte: Die heftige Polizei hat dem Genossen Ellenbogen-Wien die Ehre erwiesen, ihn als lästigen Ausländer zu betrachten und ihn ausgewiesen, wie ich höre, weil er hier ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht hat und angeblich keine genügenden Legitimationspapiere besitzen soll. Wir können es der Polizeibehörde nicht verwehren, sich in den Augen der Welt zu diskreditieren, wir können nur dagegen protestieren, daß dieser Parteitag durch die Abwesenheit Ellenbogens gestört werden könnte. Wir wissen, daß die österreichischen Genossen auch ohne einen persönlichen Vertreter, im Geiste an unseren Verhandlungen teilnehmen. Die internationale Seite der Sozialdemokratie kann durch polizeiliche Maßregeln nicht beseitigt werden. Genosse Ellenbogen hat mich beauftragt, dem Parteitag seine Abschiedsgrüße zu entbieten, ich bin überzeugt, daß auch der Parteitag dem Genossen Ellenbogen die besten Grüsse an die österreichischen Genossen mitgeben wird. Möge er die österreichischen Genossen versichern, daß wir im Kampfe für die internationale Sozialdemokratie und die Befreiung des Proletariats nimmer ermüden werden. Singers Rede wurde beifällig aufgenommen und dann in der Diskussion über die einzelnen Anträge fortgesetzt. Ueber die Verhandlungen geht uns folgender Bericht zu:

(Eigener Bericht der Volkstimme)

(Ausführlicher Bericht der Nachmittags-Sitzung)

C. B. Breslau, den 7. Oktober 1895, (nachmittags).
In der von Singer eröffneten Nachmittags-Sitzung gibt Antrich-Berlin den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 219 Wahlkreise durch 190 Delegierte und Delegierten vertreten. Zwei Mandate, das des Genossen Goebel-Kaiz und des Genossen Janzen-Berlin für den Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde sind von der Kommission für ungültig erklärt worden. Goebel ist in einer Vereinsversammlung, nicht in einer öffentlichen Versammlung, Janzen aber Haupt in keiner Versammlung gewählt worden. Drei außerdem noch vorliegende Proteste sind von der Kommission unberücksichtigt geblieben. Das Mandat des Dr. Mühl bittet die Kommission als nicht vorhanden zu betrachten, Mühl sei „Kantonschreiber“ dem Parteitage ferngeblieben und betreue den Genossen Ged-Ofenburg mit seiner Vertretung. Das habe die Kommission nicht für angängig.
Die Entscheidung über das Mandat Goebels wird ausgesetzt, da heute abend noch einmal in einer öffentlichen Versammlung in Kaiz gewählt werden soll. Im übrigen beschließt der Parteitag dem Antrag der Kommission gemäß.

Die Diskussion vom Vormittag wird fortgesetzt.
Zelle-Würzburg beklagt sich über mangelnde Unterstützung des Würzburger Parteibüros seitens des Parteivorstandes. Man habe 2000 Mark gefordert, Kuer habe das Gesuch kühl abgelehnt. Er wisse, daß er auf den Hauptverdächtigen mit seinen Parteigenossen keinen Eindruck machen werde (Heiterkeit). Kuer trage eine fast beleidigende Miene zur Schau. Er scheine die Darwinische Offenheit zu Schanden zu machen, denn wenn man mit Kuer verkehren wolle, so glaube man, der Mensch müsse vom Fische abstammen. (Große Heiterkeit). Die Würzburger Partei halte ihre Briefe für notwendig und habe mit allergrößten persönlichen Opfern das Organ zu halten gesucht.
Kern-Schweiniarz schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Der Vorstand habe mit der Ablehnung der Unterstützung einen schweren Fehler gemacht. Auf dem Würzburger Blatt beruhe die ganze Bewegung der Provinz Unterfranken. Der Parteitag solle bedenken, daß mit dem Eingehen der unterfränkischen Volkstimme die dortige Bewegung auf Jahre hinaus gestoppt worden wäre, deshalb habe man mit allen Mitteln des Organ zu halten gesucht. Hilfe ist noch immer notwendig, denn auf die Dauer ist die Sache nicht zu halten.
Bebel nimmt den Parteivorstand gegen die Angriffe der beiden letzten Redner in Schutz. Der Vorstand sei den Würzburger Genossen nicht feindselig gesinnt, das Blatt sei auch 1892 und 1893 mit 600 und 500 Mark unterstützt. Gesagt, Kuer habe sich so, wie Fälle erzählt, verhalten, so sei Kuer doch nicht der Parteivorstand. Genosse Kuer habe ihm eben gesagt, er habe Hilfe die Einberufung einer Vorstands-Sitzung vorge schlagen. Hilfe habe schließlich darauf verzichtet, auch sich nicht an die Kontrolleure gewandt. Der Vorstand hat bereit, die Sache lage noch einmal zu prüfen, eine Garantie für einen genügenden Beschick könne er aber nicht leisten. Was nun die anderen Fragen anlangt, so bestätigte er den Antrag, den Sozialdemokraten einzeln zu lassen. Auf 5. bis 6000 Mark Zuschuß habe sich der Vorstand gefestigt, die Summe sei weit überschritten worden, der Sozialdemokrat sei nicht zu halten. Die 12., 14000 Mark Zuschuß, ebenso wie die redaktionellen Kräfte des Sozialdemokraten könnten nützlich verwendet werden. Die Nachricht beim Schwäbisches konnte nicht abgeschlossen werden. Ellenbogen

Sie doch nicht, daß wir unsere Parteigeschäfte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Experimentierfeld für unsere idealen Forderungen machen können. Wir müssen mit der Konkurrenz rechnen. Der Diätenantrag enthält die größte Ungerechtigkeit unter dem Scheine der Gerechtigkeit. Die Berliner legen sich mit solchen Anträgen wahrlich keine Ehre ein. Wenn der Antrag gerecht sein soll, so muß er auch alle Privat Einkommen treffen. Wir haben Genossen, die 5-6000 Mark Einkommen aus Privatvermögen haben, diese sollen nicht auf die Diäten verzichten, nur die armen Beamten sollen büßen. Ich selbst bezüge keine Diäten, kann also um so ungenierter zur Sache sprechen. Aber die Reichstagsdiäten stellen bedeutende Anforderungen an den Geldbeutel des Abgeordneten. Pferdebestände, Mittagessen außer dem Hause, Mehrausgaben für Wäsche und Kleider zc. Ueberlassen Sie die Frage der Opfersfähigkeit und dem Takt des einzelnen und lehnen Sie die Anträge ab.

Article-Hamburg und Pens-Dessau erklären sich gegen die Diätenanträge. Letzterer meint: Es ist freilich richtig, der Arbeiter der 15 Mark verdient, muß einen Groschen abgeben, um die Führer zu bezahlen, aber er bekommt den Groschen ja wieder, denn größere die Partei nicht, so würde er fast 15 Mark vielleicht nur 12 Mark verdienen, weil dann die Macht des Kapitalismus noch größer wäre.
Rechtsanwalt Lande-Ebersfeld steht in der Neuen Zeit die Hauptkonkurrenz des Sozialdemokraten und glaubt, der Sozialdemokrat könne weiter bestehen, wenn die Neue Zeit in eine streng wissenschaftliche Monatschrift umgewandelt werden würde. Man möge den Parteivorstand ersuchen, eine solche Einigung mit dem Verlage der Neuen Zeit anzustreben. Sollten die Verhandlungen scheitern, so möge der Vorstand den Sozialdemokraten eingehen lassen.

Genosse E. Berlin tritt für den Diätenantrag ein, der nur aus Sparmaßregeln besteht. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.
Schall-Söllingen berichtet, daß die Parteistelligkeiten in Söllingen endlich ihre Ende erreicht haben.
Stollen-Hamburg tritt den Anträgen auf Abschaffung der Nacht- und Akkordarbeit im Interesse des Echo und Vorwärts entgegen. Er empfiehlt für die künstlerische Ausstattung der Massezeitung eine Preiskonkurrenz auszusprechen.
Brod-Dortmund bittet in Zukunft im Berichte des Parteivorstandes auch die Rückzahlungen von Darlehen zu verzeichnen.
Geweck-Ebersfeld ist in der Diätenfrage ganz mit Bebel einverstanden. Viel angebracht wäre es, wenn sich die Genossen einmal mit den Redakteurgehältern unter zweitausend Mark beschäftigen würden.
Ein erneuter Antrag auf Schluß der Diskussion wird nunmehr angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung sagt Herrd-Hamburg, Genosse Jünger habe sich, seitdem er Leiter der Parteibuchhandlung geworden sei, immer mehr zum Preisbrüder entwickelt.
Fischer-Berlin entgegnet, er sei kein Preisbrüder, wenn er bemüht sei, eine möglichst billige Herstellung der Broschüren zu bewirken. Die Parteitage hätten mehrfach beschlossen, daß die Broschürenliteratur verbilligt werden solle.
Fassanuch erhält das Schlußwort. Er geht noch einmal auf die in der Diskussion erfolgten Angriffe ein und berührt schließlich den Fall Kuer-Kaiz. Kuer sei manchmal temperamentvoll und groß, sein Herz sei aber gut, er sei ein Parteigenosse, wie er im Buche steht. (Beifall). Der Parteitag solle die Sache für erledigt halten, da Kuer seine scharfen Ausdrücke gegen die Kaizer Genossen bebaure.
Es kommen die Anträge zur Abstimmung, über die wir gestern eingehend berichtet haben.

Singer verliest einige Begrüßungs-Telegramme der Genossen Spaniens, Dänemarks, Norwegens und der polnischen Genossen in Posen und verlegt die Sitzung auf Dienstag früh 9 Uhr.
Mittwoch abend vereinigen sich die Delegierten bei einem großen Kommerz.
C. B. Breslau, den 8. Oktober 1895 (vormittags).
Die heutige Sitzung wird von Segiz-Nürnberg eröffnet und geleitet.
Der Parteitag tritt sofort in den dritten Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.“
Abg. Wurm hat das Referat an der Hand des von ihm verfaßten, gedrudt vorliegenden Berichtes, der über alle von der Partei gezielten Anträge und Abstimmungen Rechenschaft giebt. Es liegt zum Kapitel „Parlamentarisches“ eine Anzahl Anträge vor, die zur Unterbrechung gestellt werden.

Die Parteigenossen des Kreises Hpt. Dichtl-Johannisburg beantragen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Antrag folgenden Inhalts im Reichstage einzubringen: Das Halten von Auktionen ist, da dieselben in der Regel ein vollständiger und billiger Verkauf von Auktionen sind, von Preisverregen zu verhindern und nur dann zu gestatten, wenn ein wirkliches Bedürfnis vorliegt. Die Beschaffung des Antrages erregt Heiterkeit, der Antrag wird nicht genügend unterstützt.
Parteigenossen in Pirmaßens beantragen: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung der Gewerbebesteuerung und deren Ausdehnung in der Zukunft auf Diensthöfen und ländliche Arbeiter.

Die Parteigenossen in Nachen beantragen: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Schulfreitag und eines Minimalschulbesuches.
Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Berestow beantragen: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche schulpflichtige Arbeitstag und die Verkürzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.
Die Genossinnen Gerndt-Berlin und Zellin-Eltingen beantragen: 1. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Vorsehung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau dem Manne gegenüber benachteiligen. 2. Bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Energie einzutreten für die Rechte der un- verheirateten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

Parteigenossen des 14 hannoverschen Kreises beantragen: Die Reichstagsfraktion hat darauf hinzuwirken, daß die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird.
Parteigenossen in Mannheim beantragen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, in der nächsten Session einen Antrag auf Vereinfachung der ganzen Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung) einzubringen.
Auf Forderung der Versicherungsgehalte und der Gewerbebesteuerung der Arbeiterjugendgesetzgebung beziehen sich noch weitere Anträge.

Schließlich ist noch ein Antrag, der eine einheitliche Regelung der Budgetabstimmungen seitens sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstage und den Landtagen bezweckt, von den Genossen Teltow-Berestow eingebracht worden.

Para Zellin begründet in sehr temperamentvoller Rede ihren Antrag, indem sie darauf hinweist, daß die Stellung der Frau wirtschaftlich eine andere geworden sei. Die wirtschaftlich unabhängige Frau sei rechtlich auch im neuen bürgerlichen Gesetzbuch dem Manne gegenüber benachteiligt, ein unter den heutigen Verhältnissen ganz unhaltbarer Zustand. (Der Rednerin wird lebhafter Beifall von der Versammlung gezollt).

Thiele-Halle begründet den Antrag der Parteigenossen von Halle: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion im Reichstage derjenige Stelle im Präsidium beansprucht, welche ihr geschäftsordnungsmäßig zukommt. Wenn der Antrag zur Annahme gelangt, werde sich Genosse Singer noch lange keine Genossen anziehen brauchen. Ein freiwilliger Verzicht auf ein Recht sei aber nicht angebracht.

Genosse Bremerhaven begründet den folgenden Antrag der Parteigenossen in Bremerhaven: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, eine Statistik von den Seemannskräften über die Zahl der in den drei letzten Jahren wirklich angemusterten Seeleute, im Gegensatz zu dem im Handbuche für die Handelsmarine angegebenen Zahlen, herauszugeben, indem sich dann herausstellen wird, daß die Besatzung in keinem Verhältnis zu der Größe der Schiffe steht.

Der Redner führt zahlreiche Unfälle auf die in dem Antrage angelegenen Uebelstände zurück. Aus Erfahrung erzählt er von leerstehenden Ausbeutung der Schiffbesatzungen, für die oft Leute angeworben wurden, die den ihnen dann später obliegenden Arbeiten gar nicht gewachsen sind.

In der Diskussion ist der erste Redner Groth-Koßod und zweite und letzte Rednerin Frau Kup-Berlin. Beide erklären sich mit der Tätigkeit der Fraktion und dem Referat Wurts vollkommen einverstanden.

Abg. Wurm betont in seinem Schlußwort, daß die Parteipresse der parlamentarischen Tätigkeit, unterstützt durch gute Reichstagsberichte, die ihr zunehmende Bedeutung zuerkennt und beaurtagt schließlich, den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit spätestens vier Wochen nach Schluß der Session herauszugeben, damit er sich agitatorisch noch wirksamer erweisen könne.

Genosse Teltow begründet jetzt den folgenden Antrag: Um das bestehende Verhältniß der sozialistischen Abgeordneten bei den Schlußabstimmungen über die Gesamtbudgets in Zukunft zu vermeiden, empfehlen die Genossen des Kreises Teltow-Berestow dem Parteitage, die sozialistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten, sowie die Gemeindevertreter zu veranlassen, sich bei Schlußabstimmungen über die Annahme oder Verwerfung des Gesamtbudgets der Abstimmung zu enthalten, sofern sie nicht sämtliche Kosten verwalten.

Bebel wendet sich gegen den Antrag, da nach dem Wortlaut des Antrags sich die Reichstagsabgeordneten jüt bei der Budgetabstimmung der Stimme enthalten mußten. Er habe auch keine Lust, die vorjährige Debatte wieder anzukurbeln, zumal Bollmar und Grill-überger diesmal nicht anwesend seien und weil er glaube, daß die Debatten in Frankfurt ihre Wirkung ohnehin haben würden. (Beifall).

Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt.
Singer teilt dem Parteitage die Zustimmung des Genossen Ellenbogen mit, gesteht unter bestmöglichem Beifall das Vorgehen der Polizeibehörde und sendet dem Genossen namens der Partei die besten Grüsse nach. (An anderer Stelle haben wir den Inhalt der Singerschen Rede wiedergegeben).

Es folgt die Diskussion über die einzelnen Anträge.
Bebel erklärt sich gegen den Antrag auf Einführung eines Minimalschulbesuches, als den Parteigrundlagen nicht entsprechend. Der Antrag wird daraufhin abgelehnt.

Der Antrag, im Reichstage den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu fordern, wird auf Antrag Bebel durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Die meisten Anträge werden der Fraktion zur Berücksichtigung überlassen.

Der Antrag auf Inanspruchnahme eines Sitzes im Präsidium wird durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Wurm ein Bild der einschlägigen Verhältnisse gegeben und besonders hervorgehoben hatte, daß alle übrigen Parteien bis zum Freitags die politischen Vorstellungen als mit dem Präsidium als unzertrennlich verbunden erachten, eine Politik, die weder von der Geschäftsordnung noch von der Verfassung vorgeschrieben sei. Dieser Gegenstand der Tagesordnung ist damit erledigt.
Vorsitzer Segiz verliest einige Begrüßungs-Telegramme und verlegt die Sitzung bis nachmittags 3 Uhr.
(Vorläufiger Bericht über die Nachmittags-Sitzung siehe letzte Nachrichten.)

Politische und volkswirtschaftl. Heberacht.

Eine schärfere Bekrafung der Boykotts fordert das Hammersteinorgan. Eine längere Exkursion über die Frage der Strafbarkeit des Boykotts fah. die Kreuzzeitung dahin zusammen: „Man sieht auch hier wiederum, wie schwer es ist, die Ausschreitungen der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinen Rechts zu bekämpfen. Ihnen wird der Staat erst dann wirksam entgegentreten können, wenn seine gesetzgebenden Faktoren mit der Anschauung brechen, daß die Sozialdemokratie eben so behandelt werden muß, wie alle anderen politischen Parteien. Es ist schon an sich ein Unling, daß eine Partei, welche die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen unternimmt, den Schutz des Staates für sich in gleichem Umfange wie für die übrigen Richtungen in Anspruch nimmt. Noch thörichter ist es, daß man dem Staate das Recht versagen will, durch Abwehrmaßregeln, welche ausschließlich gegen jene Partei gerichtet sind, sich seinen Bestand zu sichern. Nicht nur diese rein theoretische Erwägung, sondern auch die Erfahrungen der letzten Jahre führen mit Notwendigkeit zu dem Schlusse, daß jene Auffassung unhaltbar ist. Will der Staat alle sozialdemokratischen Ausschreitungen mit Strafe treffen, so kann er das nur auf

dem Boden der besonderen Gesetzgebung erreichen; da wird sich auch Gelegenheit finden, für den Wohlstand eine der Schwere des Bergens entsprechende Löhne festzusetzen.“ — Was kümmert dem Hammerstein, wenn der Satz in der preussischen Verfassung: „Vor dem Gesetze sind alle Bürger gleich“ völlig illusorisch gemacht wird. Aber merken wollen wir uns diese gewünschte Gesetzesverletzung doch!

Das Elend der Proletariatsjugend erblickt so recht drastisch aus einer kürzlich in den Dresdener Bezirks-schulen inszenierten Statistik. Es geht daraus hervor, daß in Dresden über 3500 Schulkinder in der schulfreien Zeit tagtäglich mit Austragen von Zettungen, Frühstück und Milch, Belaufen von Wegen, Aufwartungen, Beaufsichtigung von Kindern u. gegen Geld beschäftigt werden. Diese Erhebungen haben gleichzeitig erwiesen, daß dergleichen Beschäftigungen den Kindern nicht zum Segen reichen, denn ein ziemlich Prozentsatz derselben hatte fortgesetzt niedere Censuren in Fleiß und Aufmerksamkeit, sowie in den Leistungen. Ein Wunder ist das nicht.

Den herrschenden Notstand

schildert in einer Klammernotiz die Armendanktonie des Vereinshauses in Leipzig wie folgt: In einer Stadt wie Leipzig wächst die Not fortwährend. Wie in allen größeren Städten, so kommen auch zu uns jährlich eine Menge Familien und noch mehr einzelne — ohne alle Vermögensmittel, um hier Arbeit zu suchen. Vielleicht finden sie auch solche ein paar Jahre hindurch und erhalten hier ihren Unterhaltungswohlfahrt — da hört die Arbeit auf oder Krankheit tritt ein — und das Elend bricht sofort herein, und wie viele alteingesessene Bewohner, die sich jahrelang durchgeschlagen haben, sind bei ihrem Alter, oder bei dem immer fortschreitenden maschinellen Betriebe oder bei den allgemeinen schlechten Erwerbsverhältnissen nicht mehr im Stande, sich und ihre Familien zu erhalten. — Daß diese „nichtswürdige Hezerei“ in bürgerlichen Blättern zu lesen ist, macht die Notiz um so interessanter.

Nicht erbaulich. In der Bossischen Zeitung lesen wir: **Sammerfleins Briefwechsel** scheint für eine Reihe konservativer Parteiführer verhängnisvoll werden zu sollen. Und nach dem Volk sind 411 Briefe mit den stärksten Majestäts-Beleidigungen angefüllt. — Wie gesagt, recht erbaulich!

Die Kravalle in Münster wegen frühzeitiger Schließung der Schankwirtschaften nehmen immer größeren Umfang an. Einer uns aus Münster zugehenden Privatmitteilung entnehmen wir, daß berittene Gendarmen und Schutzleute mit der Waffe eingezogen haben, und daß auch schon Schüsse gefallen sind. Ein Telegramm des offiziellen Wolffischen Bureaus bringt gleichzeitig folgende Klassische Mitteilung:

Münster d. W., 8. Oktober. In der letzten Nacht war die Polizei durch Gendarmen verstärkt worden. Die Beamten marschieren mit der kahlen Waffe vorüber, wobei einzelne Bestenwunden vorliefen. Die besseren Elemente ziehen sich von den Ausschreitungen zurück.

Die besseren Elemente haben also anfangs, als ihnen die Wirtschaften zu früh für den Nachschoppen gesperrt wurden, tapfer mit Kravalle und lassen jetzt die schlechteren die gemeinlich eingebrachte Suppe auslöffeln. Das ist die richtige Revolution der Stammschöpfel.

Italien.

Der Kriegsminister hat auf dem Schießplatz von Nordi Quinto einer Übung mit dem Gewehr von 1891 beigewohnt. Auf eine Entfernung von 100—500 Metern wurden stählerne Platten von großer Widerstandskraft in Stärke von 20 Millimetern durchgeschossen. — Netze Aus-sichten für Steuerzahler.

Feuilleton.

Garibaldi.

Der führe Freiheitskämpfer, der so oft für Italiens Einheit und Freiheit das Schwert gezogen, hat nunmehr in Rom sein Denkmal erhalten. Die Volksmassen drängten sich um sein Reiterstandbild, als wollten sie ihn um Schutz anrufen gegen den brutalen Menschen, der zur Zeit in Italien Recht und Gesetz mit Füßen tritt. Sie wollten aber das ärgste erleben, denn eben dieser Mensch trat vor das Standbild und hielt eine Ansprache; Garibaldi mußte sich von einem Crispi fernhalten lassen.

Jarmell war ja die Begrüßung dazu gegeben. Da es wahr ist, wie Crispi behauptet, daß er hauptsächlich es gewesen, der Garibaldi zur Expedition nach Sizilien bewegen, wollen wir nicht unterfahren, glauben es aber auch nicht. Crispi machte die Expedition mit; er war einer der „Anführer von Marsala“ und beschleunigte sie nach der Landung und den ersten Siegen Garibaldis hauptsächlich durch die neue Verwaltung auf der Insel zu organisieren. Verschiedene Dekrete Garibaldis sind von Crispi gegenzeichnet, unter anderem jenes, welches die Ausweisung der Jesuiten aus Sizilien anordnete.

Aber der Crispi von damals war nicht der Crispi von heute. Aus dem Revolutionär ist ein Reaktionär geworden, der alle anderen Revolutionäre, auch wenn sie sich nicht wie er gewaltthätiger Mittel bedienen, mit vollem Haß verfolgt.

Er sprach von der Wahrung der „Papistfrage“ und meinte, der Papst, der vor 1870 einer der letzten Souveräne gewesen sei, würde jetzt höher als alle anderen; er sei nur Gott unterthan. Das sagte er am Standbild des Helms, der 1849, als der Papst Pius vertrieben war, die römische Republik und die Stadt Rom so heldenmütig gegen die Franzosen verteidigte, die den Kirchenstaat wiederherstellen wollten; der 1862 mit dem Papst: „Rom oder den Tod!“ abgemacht gegen den Kirchenstaat zog und auf dem Kapromonte gefangen wurde, und der 1867 nur durch die „wunderthätigen“ Operationen der Franzosen er-

Jur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

Seit dem 7. Oktober streifen in Schwölln die Maurer der Firma Vinke. — In der **Sigsmöbelfabrik** von August Eitig in Beringswalde sind Lohn Differenzen ausgebrochen, infolge deren sämtliche Polierer gefündigt haben. — In der **Schuhfabrik** von Hirsch u. Dablach in Berlin haben infolge von Maßregelung und Lohn-differenzen sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — Ein Streik der **Sattler** Berlins, welche die deutschen Militäreffekten anfertigen, steht in kurzer Zeit bevor. — In Harburg ist es zwischen dem **Wassermeister** Wiegel und dessen Arbeitern zu Differenzen gekommen, die zur Vöberlegung der Arbeit führten. — Die **Töpfer** Ham-burgs und Umgegend beschloffen am 1. Oktober, den for-mellen Streik für beendet zu erklären und von demselben Tage an keine Unterstützung mehr zu zahlen. — In der Diebstahl **Hofbuchdruckerei** in Koburg ist gestern ein Konflikt ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten. — Sämtliche Arbeiter der **Cigarrenfabrik** Deter in Pannau stellten wegen Lohnforderung die Arbeit ein. — Die **Tellenhauer** der Werkstätte von Föbber in Duclach sind infolge von Differenzen in den Zustand eingetreten. — Die **Töpfer** Nürnbergs sind in eine Lohnbewegung ein-getreten, die den Zweck hat, den vielfach nicht eingehaltene Bestimmungen des Lohnartikels Geltung zu verschaffen. Zuzug ist fernzuhalten. — 60 **Weber** sind in Keitwig auf die Straße geworfen, weil sie bei der Firma Thar-schmidt dort eine Stunde über den normalen Arbeitstag von früh 7 bis abends 7 Uhr nicht arbeiten wollten, ohne eine kleine Lohnhöhung. —

Ein Schilfe christlicher Konfession.

In Nr. 222 des Vorkuriers für den deutschen Buchhandel befindet sich folgendes feine Stellenangebot: Infolge Krankheitsfalles such. ich zum sofortigen Eintritt aushilfsweise bis zum 31. Dezember d. J. einen jüngeren Schiften christlicher Konfession, der flottes Berührung ist und womöglich mit den literari-schen Bedürfnissen eines vorwiegend akademischen Publikums ver-traut sein muß. Gehalt 80 Mark für Monat. Leipzig. Friedrich Fleischer, Sori u. Antiquariat.

Wenn solch Gebot für eine Aushilfskraft, die dem Herrn Prinzipal aus der Patzche helfen soll, gemacht wird, was mögen da erst die dauernd Ar-gestellten an Gehalt beziehen. Natürlich verlangt der Prinzipal, daß die Leute bei der-artiger Bezahlung auch ehrlich bleiben. Bis: Das Elend im Kaufmannsstande.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Die geschiedene Ida Helm, geb. Lindemann, hier, stahl in der Nacht zum 18. August d. J. einem Handelsmann aus Cochstedt aus der Brusttasche 45 Mk. und wurde als rüdfällige Diebin zu 1 Jahr Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiausschluß, ferner wegen gewerbmäßiger Unzucht zu 14 Tagen Haft verurteilt, auch sofort verhaftet. — Der Mechaniker Werner Hannuth zu Budau entwendete aus einer Buch-handlung seit dem Jahre 1893 fortgesetzt Bücher im Werte von 158,95 Mk. und einen Apparat im Werte von 70 Mk., ferner seinem Arbeitgeber Waren im Werte von über 500 Mk. Der Angeklagte war voll geständig und erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. — Der schon öfter bestrafte Arbeiter Gustav Kluge zu Budau erbrach im Juli und August d. J. in 28 Fällen verschlossene Keller und Bodenkammern und entwendete Wein, Käse, Schmalz, Wäpche, Betten, Kleidungsstücke und andere Sachen, während sein Stiefbruder, Arbeiter Otto Mirre zu Eudenburg, den er dazu assistiert, in 13 Fällen Wache stand. Kluge stahl ferner in 4 Fällen von den Haus-fluren die Lampen, in einem weiteren Falle aus einer

unverschlossenen Kammer Kleidungsstücke. In einem dieser Fälle stand Mirre gleichfalls Wache. In 7 Fällen er-brach Kluge Keller und Bodenkammern, um zu stehlen, fand aber nichts vor. Die gestohlenen Sachen verkaufte er. Der Gerichtshof erkannte gegen Kluge auf 4 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiausschluß, gegen Mirre auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. —

§ Leipzig. (Berufung verworfen.) Vom Reichs-gericht wurde die von dem Antisemit Karl Paasch, der in Berlin am 17. Mai 1893 wegen Beleidigung des früheren Justizministers Schelling, des Direktors der Kolonial-abteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Kayser, des Wirkl. Geheimen Legationsrats von Eichhorn und des Aus-wärtigen Amtes zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt war, eingereichte Revision verworfen. —

§ Soest. (Unschuldig verurteilt.) Der Volksschul-lehrer Heinrich Neuhoff aus Soest, der seit längeren Jahren an der evangelischen Volksschule in Dortmund angestellt war, wurde im vorigen Winter bei der Staats-anwaltschaft denunziert, daß er sich eines Sittlichkeits-vergehens mit einem Schulmädchen schuldig gemacht habe. Es erfolgte seine Verhaftung, und am 25. Mai d. J. wurde er trotz seiner Unschuldsbetuerungen von der Strafkammer zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil die Zeugen aussagen belastend für ihn waren. Schön damals glaubten die dem Verurteilten nahestehenden Kreise nicht an seine Schuld, weshalb an das Oberlandesgericht in Hamm appelliert wurde. Am Freitag wurde nun der Verurteilte infolge einer telegraphischen Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft von Dortmund auf Grund eines Beschlusses des Straffenats des Oberlandesgerichts in Hamm aus der Strafkammer entlassen. Es hat sich demnach eine Reihe von Anzeichen gefunden, die überzeugend für die Unschuld des Angeklagten sprechen. —

Elend im Kaufmannsstande.

Am Freitag stellte sich der Chemnitzer Polizei ein 23-jähriger Handlungscommis aus Einfeld mit der Selbst-beschuldigung, daß er in einem Strumpfportgeschäft nach und nach 500 Mark widerrechtlich an sich gebracht und verbraucht habe. Der junge Kaufmann, welcher verheiratet und Vater von 2 Kindern ist, führt den Fehltritt darauf zurück, daß er mit seiner Familie mit einem Monats-gehalt von 88.75 Mark, von dem ihm noch monatlich 10 Mark abgezogen worden seien, nicht habe auskommen können. Die Unterschlagungen, behauptete er, durch Fälschungen der Kassenlisten verdeckt zu haben. — So führt die Not zum Verbrechen. —

Sagen-Chronik.

Wir bitten unsere werthen Leser, uns von allen wissenswerten Vorfällen baldmöglichst Mitteilung zu machen. Magdeburg, 9. Oktober 1895.

Tierstich oder Menschenstich?

Einem eigenartigen Vorfalle wohnte ich vor mehreren Tagen bei, der in der Kaiserstraße früh morgens sich ab-spielte. Ein kleines, mit zwei Hunden bespanntes Fuhr-werk hielt in der Nähe des Fürstenhofes, während zwei daselbe begleitende ärmlich gekleidete Knaben den Pferde-dünge von der Straße aufammelten. Eine augenscheinlich von den besseren Ständen angehörende Dame kommt des Weges daher, richtet einige Worte an die Knaben und beginnt dann die dem Gefährt vorgespannten Hunde eigen-händig mit frischen Wasserfemmeln zu füttern. Wie ich von weitem sah, können es 5 oder 6 Stück gewesen sein. Die Dame verließ darauf das Gefährt und ging weiter. Ich sah mich veranlaßt, an die Knaben heranzutreten, um die Ursache dieser an und für sich ganz edlen Handlungs-weise kennen zu lernen. Der eine Knabe teilte mir auf Befragen mit, daß die Dame ihn gefragt habe, ob die Hunde auch genügend gefüttert würden. Der Knabe habe

gehalten werden konnte, den marquis Kirchenstaat, diesen Schandfleck Italiens, über den Hauken zu werfen!

Garibaldi hat bekanntlich gesagt, die Internationale sei „die Sonne der Zukunft“. Crispi dagegen nahm die Gelegenheit wahr, an seinem Vorkmal die Sozialisten zu beschimpfen!

Wenn Garibaldi noch lebte, so wäre er der erste ge-wesen, der mit klammernden Protesten gegen die Schand-wirtschaft Crispi sich erhoben hätte. Und er hätte es wahrscheinlich bei den Protesten nicht bewenden lassen; wie gegen den Papst und gegen die Könige, so hätte er die Wäpchen ergötzen, um der Herrschaft des Menschen ein Ende zu bereiten, der Italien länger mißhandelt, als es die Bourbonen und als es der Papst jemals getan.

Es ist wahr, Garibaldi gehörte keiner Partei an. Er stritt nur für das ganze Italien. Aber sein Traum war nicht eine Einheit, wie sie heute sich uns in Italien darstellt, zusammengesetzt zu einem großen Zucht- und Arbeitsheute für das Volk und ein Dummelplatz für die Drogen der Bevordrechteten. Garibaldi kämpfte auch für die Freiheit seines Volkes. Diese konnte er nicht erringen, wenn er Italien auch von den Bourbonen befreit hat. Er war kein Diplomat und es war nicht allzugewiss, ihn zu überlisten, als er Sizilien und Neapel gewonnen hatte. Die italienische Dynastie ließ ihn durch ihre Diplomaten abwachen, was er erkaufte. Seine Tapferen wurden von den Soldaten Victor Emanuels hochmütig behandelt. Er wehrte sich — als Abgeordneter im Parlament — gegen die Entwaffnung seiner Freiwilligen und es gab herrliche Szenen, aber es war zu spät. Den Preis des Sieges hatte sich der König Emanuel rechtzeitig ge-sichert. Als er aus dem Feldzuge von 1860 nach Caprera zurückkehrte, nahm er 1500 Franken mit sich. Ob Crispi sich auch damit begnügt hätte?

Victor Emanuel dachte kein von dem Manne, der so groß in den Kampf für Italiens Einheit eingetreten war. Er konnte sich ihn nicht anders denken, denn als einen Mannigen, auf den kaiserliche Auszeichnungen den gleichen Zauber ausübten, wie auf Höslinge. Er bot ihm, als Garibaldi nach Caprera zurückkehrte, den höchsten

Orden Italiens, das große Halsband des Annunziata-ordens, den Generalsrang, ein Schloß, sowie Stellen und Dotationen für seine Kinder an. Garibaldi lehnte alles ab und es kam dem König zu Ohren, daß er von „könig-licher Quincaillerie (Glittertram) gesprochen hatte.

Garibaldi hatte aus den Kreisen derer, zu denen sich Crispi nunmehr zählt, Schmähungen und Angriffe aller Art zu dulden; zahllose Intriguen wurden von den Generalen der alten Schule gegen ihn angesponnen. Nur eine Probe, wie Cialdini, ein brutaler Soldat, ihn angriff.

„Sie wagen es,“ schrieb dieser General, „sich mit dem König auf eine Stufe zu stellen und von ihm mit dem Vertraulichkeit eines Kameraden zu sprechen. Sie glaubten, Sie könnten sich über die Schicksalhaftigkeit hinweg-setzen, indem Sie in der Kammer in einem höchst sonder-baren Aufzuge auftraten (damit meinte der Herr Camaschen-general die berühmte rote Wäpche Garibaldis); über die Regierung, indem Sie die Minister als Verräter be-züchelten, weil sie Ihnen nicht mehr als dem Parlamenten ergeben sind; über das Land, indem Sie daselbst führen wollen, wohin es Ihnen gefällt. Ich bin ein Feind jeder Tyrannei und werde daher auch die Ihrige aufs Heuerste bekämpfen.“

So redeten die Höslinge und die Gernegröße, die nie den Mut gehabt hätten, zu unternehmen, was Garibaldi unternommen.

Sie waren es auch, die sich an seinem Standbild brühten. Aber der Alte schlug sie noch einmal, wenn auch seine Gebeine längst im Grabe ruhen. Sein Bild erfüllte die Wäpchen mit seinem Geiste. Das Verlangen nach einer Amnestie ward allgemein; der König mußte nachgeben. Einige hundert Sozialisten, dazu 30 Frauen sind aus der Haft entlassen worden; leider sind die von den Kriegsgerichten verurteilten Abgeordneten De Felice und Barbato nicht mit inbegriffen.

Wäre der Alte noch am Leben, er setzte alles daran, den Opfern Crispi nicht nur Gnade, sondern auch Recht zu verschaffen!

hies bejaht. Unwillkürlich drängte sich mir bei dem Anblick der Knaben die Frage auf, ob die Dame sich nicht auch nach dem Hunger der Knaben erkundigt habe, dies wurde mir von dem Knaben verneint, und nunmehr war die Antwort auf meine erneute Frage: ob sie (die Knaben) nicht auch ganz gern zugegriffen hätten, um sich an dem Genuß des frischen Gebäckes zu erfreuen, ein verschmitztes Lächeln und ein leise hervorgebrachtes „Ja!“

Wie die Magdeburgische Zeitung über den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie berichtet: In Breslau hat Abg. Liebknecht den sozialdemokratischen Parteitag in einer schwalligen und phrasenreichen Rede eröffnet, welche selbst die Fanfaronaden des Vorwärts in den Schatten stellt.

Wennigsammlung in den Schulen. In den Schulen Braunschweigs ist eine Pfennigsammlung zu Gunsten des bei Leipzig zu errichtenden Völkerschlacht-Deumals veranstaltet.

Die Redaktion der Volkstimme wird von dem Herrn Fasshauer auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Erklärung ersucht:

Herrn Abdank jenes Briefes in der Sachsischen ist allerdings die Rede gewesen. Ich fragte Herrn Schmidt: „Wünschen Sie, daß ich den Brief abdrücke?“ Daraus entgegnete mir der Genannte: „Das können Sie ja halten, wie Sie wollen.“

Genosse Albert Schmidt erklärt uns, daß er seine Behauptungen Wort für Wort ausreicht hält. Genosse Schmidt hat den im Blatte abgedruckten Brief vor den Augen des Herrn Fasshauer geschrieben und um Aufnahmehilfe des Briefes ersucht.

Die Polizeibehörde wird vom Central-Anzeiger aufgefordert, eine Verordnung zu erlassen, wonach an sämtlichen Rippen und Gefäßen, welche mit Öl versehen werden, ein Verzeichnis angebracht werden muß, woran man sehen kann, welches Quantum das Gefäß enthält.

Der diesjährige Wilhelmstrassenmarkt in der Altstadt wird vom 18. bis einschließlich 21. Oktober abgehalten. Der Kreuzmarkt findet auf dem früheren Traut-Creuzplatz an der Lüneburgerstraße.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Anstrib am Dienstag, den 8. Oktober 1895: 129 Rinder (einschl. 21 Bullen), 129 Kühe, 116 Schafvieh pp., 778 Schweine, davon 2 Saloner. Schweine werden nach Lebendgewicht mit 40-50 Pfund Tara pro Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Enten und Gänse mit 20 Prozent Tara verkauft.

Der antisemitische Wucherer. Aus Breslau wird der Volkstimme geschrieben: Die hiesige Staatsanwaltschaft hat bekanntlich auf diplomatischem Wege die Auslieferung des wegen ungeheurerlicher Bewucherung von Schülern steckbrieflich verfolgten und in die Schweiz geflüchteten Fabrikanten und Graveurs Fritz Sedlitz, der bekannnten Zierde der Breslauer Antisemiten, bei der Eidgenossenschaft beantragt.

Halle. (Tot gedrückt.) Der Hilfsrentier Freiberg geriet auf hiesigem Güterbahnhof zwischen die Räder zweier zusammengefahrenen Wagen, die ihn zerdrückten. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Nordfriedhofes geschafft.

Coron. (Unfälle auf Bantzen.) Hier stürzte der Maurer Richter aus Wintersee bei einem Bau aus einem Fenster auf die Straße herab und war sofort tot.

Dresden. (Verbrannt.) Bei einem Schandensener in seiner Villa ist der Inhaber der bekannten hiesigen großen Seifenfabrik, Herr Georg Kühnelmann, verbrannt.

Heidelberg. (Unterhiesigung.) Einen Wertbrief von 52 000 Mk., der an die badische Generalstaatskasse gerichtet war, unterhiesigung in Heidelberg der bei der badischen Domänenverwaltung angestellte Schreiber Baslo. Baslo ist flüchtig.

Leipzig. (Auch zur Sozialhygiene.) Folgende Bekanntmachung ging der deutschen Bühnengemeinschaft zu: Unter dem Titel „Warnung“ hatte Herr Direktor Hoffmeister in Leipzig unter des Kontraktbuches angelegt. Derselbe geschah von meiner Seite unter folgenden Umständen: Erhielt ich von der Herr Hoffmeister meine Gage in Biermarken auszahlen und zweitens verlangte er, daß ich die Abende in seinem Restaurant zubringe.

Unüberlegte Handlung. Von einem entlassenen Arbeiter, Namens Meyer, wurde am Montag in Mülhausen i. E. auf den Fabrikbesitzer H. Schwarz ein Mordanschlag verübt. Schwarz wurde am Unterleibe schwer verletzt und ist in der Nacht zum Dienstag seiner Verletzungen erlegen.

Moskau. (Hundert Personen ertrunken.) Auf dem Flusse Oka bei dem Dorfe Ozerj ein Floß untergegangen. Dabei sollen ungefähr hundert Personen ertrunken sein. Der Oka ist ein schiffbarer, etwa 1000 Kilometer langer Nebenfluß der Wolga.

Nötlige und Bürgerliche unter dem preussischen Verwaltungsbeamten.

In der preussischen allgemeinen Staatsverwaltung befinden sich nach den Listen des neuesten Terminaltenders für Verwaltungsbeamte:

Table with 2 columns: Position and Percentage. 421 Regierungsräten (einschl. Ober-Reg.-R.) 102 = 24,2 %; 584 Regierungs-Assessoren 186 = 31,8 %; 293 Regierungs-Referendaren 111 = 38,2 %.

Zu der gewöhnlichen Ansicht, als ob die vorzugsweise Befehlung der Verwaltungspraxis mit Nötligen eine allmählich absterbende Einrichtung sei, steht die obige Statistik in diametraler Gegensatz. Die Nötligen sind unter den Räten stark, unter den Assessoren stärker und unter den Referendaren noch stärker vertreten.

Table with 4 columns: Year and Percentage. 1885 33,3; 1888 35,5; 1894 39,1; 1895 38,2.

Der Rückgang des letzten Jahres scheint mehr zufälligen Charakters gegenüber dem gewaltigen Anschwellen des letzten Jahrzehnts. Die Vermutung spricht, so sagt die soziale Prognis, dafür, daß das Vorwiegen der Nötligen nur das statistisch faßbare Symptom davon ist, daß (auch unter den Bürgerlichen) das Beamtenum sich vorwiegend aus einem eng begrenzten Kreise von Familien rekrutiert, weshalb denn auch allgemein die Ansicht verbreitet ist, daß unserem Beamtenum die Zufuhr recht viel „frischen Blutes“ aus dem Volke sehr nötig wäre.

Militärische Nachrichten.

Baujen. (Heiteres aus der Wandervogelzeit.) Vor einigen Wochen mandirte sächsisches Militär in der Gegend von Baujen. Eines Tages kommen Quartiermacher zu dem Besitzer der Untermühle in Walschwitz und kündigen ihm an, er werde einen Feldwebel, einen Oberjäger und einen Gefreiten in Quartier bekommen.

Würzburg. (Zum Duellung.) Das Militärgericht verurteilte den Sekondeleutnant Otto Koch des 8. Infanterie-Regiments wegen eines Pistolenduelle, das unblutig verlief, zu drei Monaten Festung. Ferner hat der Prinzregent das Begnadigungsgeuch eines Duellanten abgelehnt, obgleich der Duellant schon einen größeren Teil der Strafe abgeessen hatte.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Reichstagsnachwahlen im 7. und 12. württembergischen Wahlkreise ist auf den 12. November anberaumt. Die Plenarberatungen des Bundesrats werden am Donnerstag beginnen. Die mit der Vorberatung des bürgerlichen Gesetzbuchs betrauten Ausschüsse des Bundesrats sind am Montag zusammengetreten.

Die Antisemiten einst und jetzt.

Der Wahlkampf in Sachsen wird, je länger derselbe anhält, je interessanter. Bekanntlich hatten die Konservativen auf das Liebeswerben der Antisemiten nur einen Korb. Wer aber den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Bereits regt sich dieser Spott. Die Dresdner Nachrichten veröffentlichen Erinnerungen, die den tapferen Antisemiten recht unangenehm sein dürften.

gleich Null. Das Mäntelchen der Konservativen ist von Käusen und Wangen durchfressen. Und jetzt betteln die Führer der Reformer die Konservativen um die Gunst, sich mit diesem „verkauften und verwanzten Mäntelchen“ die Blößen bedecken zu dürfen. Im Mai d. J. flüchte die Deutsche Wacht in ihrer unübertrifflich geschmackvollen Art auf die „konservative Meute“; die Zeit aber ist nicht fern, da die Reformpartei den „zubringlichen Schweifhund mit dem Stiefelabsatz“ nach Hause schicken werde.

Bestrafungen, Verfolgungen etc.

Im Monat September sind gegen Parteigenossen insgesamt auf 2195 Mark Geld- und 2 Jahre 3 Wochen und 3 Tage Gefängnisstrafe erkannt worden.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Die Frauenversammlung in der Alten Neustadt war von 89 Personen (darunter 63 Frauen) besucht. Die Leitung dieser Versammlung lag in Händen der Genossin Koppke. Ueber die heutige Klassenziehung und die Volksschule sprach Genosse Nitsch, seine Ausführungen ergänzte Abg. Schmidt; Genosse Gries verbreitete sich über die Organisation und Presse. Die Versammlung folgte mit sichtlichem Interesse den Ausführungen der Redner.

Eine Versammlung der Frauen tagt Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Saale Grafs Garten, Schrotestraße 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Albert Schmidt über: „Die Stellung der Frau in der sozialdemokratischen Partei.“

Am Sonnabend, den 5. d. M., hielt der Verein der Handels- und Arbeiter seine Generalversammlung im Bürgerhause, Stephansbrücke 38 ab. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme von Beiträgen erhaltete der Vorstand Bericht über das dritte Vierteljahr. Nachdem erhielt der Kassierer das Wort zur Berlesung des Kassensbestandes. Es wurden veranschlagt: 70 10 Mk., Bestand am 1. Juli 39,87 Mk., Summe 109,97 Mk., die Ausgabe betrug 86,65 Mk., mithin Bestand am 1. Oktober 23,32 Mk.

Eine Versammlung des Vereins der Restaurateure etc. tagte am Donnerstag in Müllers Restauration, Mühlstraße 16. Hugo Götner sprach über: „Warum organisieren wir uns?“

Das Agitationskomitee erhaltete Dienstag Abend Bericht über die einzuuberufende Versammlung aller in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Personen, desgleichen über eine Versammlung der Holzarbeiter. Ueber die Einbürgerung der Referenten wurden Beschlüsse gefaßt sowie die Stellung des Agitationskomitees zu dem Vorgehen einzelner Maurer präzisirt.

Holzarbeiter-Agitationskommission. Donnerstags abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Grothum.

Weserhüsen. Am Sonnabend den 5. Oktober fand in der Reichshalle zu Schönebeck eine Versammlung des Konsum-Vereins „Diene“ dafeldst statt, in welcher beschlossen wurde, nach Westerbüsen ein Lager zu verlegen. Dasselbe wird voraussichtlich zu Anfang November im Hause Schönbederstraße Nr. 5 eröffnet werden.

Neueste Nachrichten.

Bonn. Dienstag abend wurde zwischen Siegler und Kriegsborf ein Mädchen von einem beschleierten Manne anständig angegriffen. Das Mädchen leistete Widerstand und wurde infolgedessen von dem Mörder lebensgefährlich durch Messerstiche verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Breslau. Genosse Neutze, Redakteur der Schlesischen Volkswacht wurde wegen Verleumdung des Staatsministeriums, begangen durch einen Leitartikel „Schworrer“ zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Brieg. In der Militäreffekten-Fabrik von Karl Schneider haben 17 Sattler die Arbeit niedergelegt.

Kaufer. Die Behörde stellte die frühere Handhabung der Polizeifunde wieder her; die Ruhestörer hörten auf.

Paris. Die Polizei verhaftete den frühesten Polizeikommissar Schwarz; er soll militärische Dokumente photographirt und dem Ausland verkauft haben.

Wien. Zuzug von Stadtdrehlern nach hier wegen eines ausgebrochenen Streiks aufs strengste zu betreiben. An dem Streik sind 600 Arbeiter beteiligt.

Budapest. In der Glockengießerei von Franz Walfert hier selbst hat das ganze Personal die Arbeit wegen Lohnhöherungen eingestellt.

Letzte Nachrichten.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Vorläufiger Bericht der Nachmittags-Sitzung.)

M. Breslau, den 8. Oktober (nachmittags).

Das Mandat Gbels-Mainz wird für ungültig erklärt. Weiter beschließt der Parteitag, die Nachmittags-Sitzung am Mittwoch ausfallen zu lassen zum Besuch der Gräber unserer verstorbenen Genossen. Auf den Kommerz verzichtet der Parteitag, da die Polizei das Programm einer Censur unterworfen hat. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten — Genosse Duard erstattet Bericht über die Thätigkeit und Beschlüsse der Agrarkommission. Die hierzu eingelaufenen Anträge werden verlesen. Auf Vorschlag Singers wird für diesen Punkt der Tagesordnung die Beschränkung der Redezeit außer Kraft gesetzt; in der Diskussion soll abwechselnd ein Redner dafür und ein Redner dagegen das Wort haben. Dr. Duard berichtet ausführlich über die Thätigkeit der Kommission und teilt mit, daß in der letzten in Breslau stattgehabten Sitzung die Anträge geändert worden seien; auf diese Aenderung geht Redner näher ein. Nach seinen Ausführungen liegt der Agrarkommission nichts ferner als Rechthabererei oder Enttäuschtheit über die Aufnahme ihrer Vorschläge. Dr. Duard sagte: Wir sind sicher mit Ihnen darin völlig einig! Ein Landprogramm, das gegen den Willen auch nur einer erheblichen Minderheit der Partei durchgesetzt würde, hätte gar keinen Wert für unsere Sache. Wer aber nicht hinzulernen will, stößt diejenigen, welche lernen wollen, von sich ab. Das Korreferat hatte Genosse Schippel übernommen. Er kam zu der Verwerfung auch der revidierten Anträge der Agrarkommission. Schippel meinte: Der Bauer kommt doch nicht zu uns, wenn wir ihm nicht alle möglichen „Wenn und Aber“ lassen, auch nicht einen Bauer werden sie aus den Krallen der Agrarier holen, wenn wir den Entwurf und noch alles mögliche billigen, was die Bauern haben wollen. Wenn wir einige Forderungen annehmen, dann giebt es keinen Halt mehr. Den Anfang haben wir noch in den Händen, das Ende nicht mehr. Von Kautsky, Klara Zetkin, Arons, Fischer-Dresden, Wegster-Dresden, Schippel, Fischer-Berlin, Pjannsch, Eichhorn-Dresden, Koelle-Hamburg, Ludwig Kimmel-Hamburg 3, Gerlach-Wanzleben, Simon-Deppa, Wiegels, Hans Bloß-Dortmund, Otto Hue, Nieger-Köln, Singer, Auer, Gerich, Haug, Max König, Karl Klotz und Stadthagen wird folgende Resolution eingebracht:

Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen, denn dies Programm stellt der Bauernschaft die Forderung ihrer Lage; also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei

zur Neu belebung ihres Eigentums-Kanatismus. Es erklärt das Interesse der Landbesitzer in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landbesitzer ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Konsumenten des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeutehaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen entsprechend zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen, Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gebührende Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Gelbdaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

In der heutigen Sitzung wurde ferner die Neuerkommission gewählt. Es gehören derselben an: Klotz, Herbert, Dahlen, Buchwald, Fülle, Förster, Antrieb, Koehnen, Rauch. Singer verliest verschiedene Begrüßungs-telegramme, darunter den Gruß der Frauen der Alten Neustadt (Magdeburg). Morgen wird die Diskussion über das Agrarprogramm eröffnet.

(Eigene Mitteilung der „Vollstimme“.)

B. B. Breslau, 9. Oktober. Die Agrarkommission zog die den Bauernschaft betreffenden Vorschläge unter den Nummern 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18 aus dem Programm zurück und empfiehlt sie zur Benutzung für die Agitation und Thätigkeit in öffentlichen Körperchaften. Die Einleitung fällt fort. Ferner schlägt die Agrarkommission dem Parteitag vor, folgende Resolution anzunehmen: „Der Parteitag wolle beschließen: Nachdem das Mandat der Agrarkommission erloschen ist, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits in der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen, und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen als Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Gelbdaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen.“

Dresden. Ein Urteil, das uns mit Schrecken und Staunen erfüllt, hat gestern die 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts gesprochen. Genosse Herm. Fleißner aus Pirna wurde wegen Beleidigung (§ 185) der Amts-

hauptmannschaft und des Amtsgerichts zu Pirna zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Fälschung verdächtig sofort verhaftet. Es handelt sich um Auftrügen, die Fleißner in einem Vortrage in Goeß gehalten soll und wodurch sich die genannten Behörden beleidigt fühlten. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Zeugenaussagen zweier Gendarmen und des Gemeindevorsteher von Goeß; trotzdem vier Versammlungsteilnehmer aus Zeugen das Gegenteil von dem, was die Anklage annahm, aussagten. Der Prozeß dürfte infolgedessen ein sehr aufsehenerregendes Nachspiel haben, als ein Entlastungszeuge, der Lagerhalter Genosse Arno Dörr, wegen Meit-eidesverdachts verhaftet wurde. Die Verhaftung geschah nachträglich. Dörr wurde, nachdem er bereits an Zeuge entlassen, aus dem Zuhörerraum gerufen, um dann abgeführt zu werden.

Mülhausen i. Elb. Fabrikant Schwarz und sein Mörder Meyer sind in der Nacht beide gestorben.

Privat-Telegramm der „Vollstimme“.

M. Breslau, den 9. Oktober. Die Delegierten beabsichtigen, heute nachmittag zwanglos die Gräber der Verstorbenen zu besuchen. Die Polizei will jedoch den Massenbesuch der Grabstätten laut Mitteilung verhindern.

Briefkasten.

(Sprechstunde der Redaktion 11-1 Uhr.)

L. Neukadt. Berichte über die Verlesungen der Metallarbeiter und Schuhmacher, die am Sonnabend tagten, sind uns nicht zugegangen. Auch wir glauben, daß die Schriftführer am Sonntag ein Stündchen übrig haben, um ihren Berichten nachkommen zu können. — M. Die Schriftleitung der halbeschen Reform soll von S. B. wegen des fraglichen Artikels zur Verantwortung gezogen werden — so wird uns berichtet. — A. B., Sudenburg. Die Nummer werden nachgeliefert; Beschlüssen nehmen die Kolporteurs entgegen. — Frau M., Wilhelmstadt. Kaufen Sie Hoffers Wangengürtel. — O. J. Sie wollen im Verichte nur aufpassen, was für die Allgemeinheit Interesse hat. Auch zwingt uns der Parteitag zur Kürzung der Bericht-Größe. — M. In übersehen. Der Cementverwalter bei dem Schleusenbau der Spielgartenstraße bezieht nicht 5, sondern 15 Mark Gehalt.

Auskunft in Rechtsachen.

Fr. L., Budau. Dem Ueberlebenden gehört das Mobiliar; besteht diese Bestimmung wird testamentarisch festgelegt. — R., Langenweddingen. Die Beträge, welche Ihr 20-jähriger Sohn geschuldet hat, sind ungültig, da Ihre Einwilligung fehlt. Nach vollendetem 21. Lebensjahre hört diese Verpflichtung auf. — P. M. in St. Sie werden doch nicht so gramlos sein und Ihren Sohn erben, weil er wegen Majestätsbeleidigung bestraft ist? Das Gesetz kennt keinen Zwang, sondern die Enterbung unterliegt der freien Entscheidung der Testatoren.

Eingegangen: Versammlungsbericht des Schuhmacher (Neustadt)

Stadt-Theater. Donnerstag gelangt Winesbeers Oper: „Die Eugenoten“ zur Aufführung. Freitag Weber's romantische Oper: „Freischütz“ mit Herrn Krause in der Partie des Max als Café. Sonnabend geht Schillers „Kabale und Liebe“ auf Scene.

Der beste Fußbodenanstrich (über Nacht trocken) ist (nicht nachbleibend) Tiedemann's geruchloser Bernstein-Schnelltrockenlack freischneidig mit Farbe in verschiedensten Nuancen. Drogenhandlung von Apotheker C. Röhrle Alte Neustadt, Hohepfortestr. 54. Telephone No. 1423, Amt 2.

Blumen-Geschäft verbunden mit Kranzbinderei, empfängt habe. B. Heckendorf Tischlerwerkstraße 28.

Möbel! Möbel! 1 hochfeine Nähmaschine, hochartig, neu, spottbillig Breitenweg 24 I L, Eingang Seifenstraße. 497

gegen Stoffe billiger wie jede Konkurrenz. L. Hellige Tischlermeister Budau, Gärtnerstr. 11.

Buckau 1580 J. Francke, Goldarbeiter Schönebaderstraße 116 neben der Kirche.

Wollen Achtung! Jedes Möbel jeder Art, sowie Zimmer-Einrichtungen. Serren- und Knaben-Winter-Paletots, Anzüge, Jacketts, Hojen. B. Wolff, Katharinenstr. 4.

Wanzen-Aether 1 hochfeine Nähmaschine, hochartig, neu, spottbillig Breitenweg 24 I L, Eingang Seifenstraße. 497

C. Röhrle (J. Böhrler's Nachf.) Seifenstraße 31. 502

H. Hahnwald's Möbelmagazin Sudenburg, Kurmärkerstraße 5

Sämtl. Schulbedarf-Artikel empfiehlt P. Becker, Buchhändler, Rottersdorferstraße 12. 1643

Wäsche wird sauber gewaschen und bündelhaft in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

Wickelmacher wird gesucht Buchweg 114/15, Sudenburg. Jeden Sonntag und Sonntag

Gr. Wurfhausregeln verbunden mit geselligen Skat-Spielen woju ergebnis einleitet 1426 A. Bresch Helmstedterstraße Nr. 21.

Leidende Frauen, welche dringende Untersuchungen wünschen, jöster sich einer genau und spezialisierten Am in E. Seebach's Badeanstalt, Gr. Schulstraße 4, Sudenburg 1685

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobstraße 3

Standesamt. Magdeburg, den 8. Oktober.

Aufgebote: Walter August Jakob Friedrich Karl Engel, geb. 18. März 1874, in Sudenburg, Kreis Magdeburg, und Johanna Charlotte Karoline Engel, geb. 18. März 1874, in Sudenburg, Kreis Magdeburg, beider Eltern: Friedrich Wilhelm Engel, geb. 18. März 1874, in Sudenburg, Kreis Magdeburg, und Johanna Charlotte Engel, geb. 18. März 1874, in Sudenburg, Kreis Magdeburg, beider Eltern: Friedrich Wilhelm Engel, geb. 18. März 1874, in Sudenburg, Kreis Magdeburg, und Johanna Charlotte Engel, geb. 18. März 1874, in Sudenburg, Kreis Magdeburg.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.

gebürtig in Moringen. Buchhalter Felix Schaller in Hannover mit Anna Grobe hier. 2 eleg. Betten nur 12 u. 22 Mk., legt Tischler, Jakobstr. 2 I L v.